



Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

II- 4554 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
DVR: 0000019

Zl. 353.110/4-I/6/92

23. Jänner 1992

An den
Präsidenten des Nationalrats
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1011 W i e n

2008 IAB
1992 -01- 24
zu 2024/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Gugerbauer, Dr. Schmidt, Dipl.Ing. Dr. Pawkowicz, Dr. Partik-Pable, Motter, Mag. Praxmarer, Haigermoser, Ing. Meischberger und Kollegen haben am 26. November 1991 unter der Nr. 2024/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend kommunistische Umtriebe im "Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Sind Sie über die Ziele und Aufgaben des "DÖW", über dessen Funktionäre sowie über die politische Arbeit dieses Vereins unterrichtet, und welche Position nehmen Sie dazu ein?
2. Ist Ihnen bekannt, daß sich namhafte Vertreter der österreichischen Widerstandsbewegung aus dem "DÖW" zurückgezogen haben oder eine Mitarbeit von vornherein abgelehnt haben, weil sie mit gewissen "volksdemokratischen" Tendenzen im "Dokumentationsarchiv" nicht in Verbindung gebracht werden wollten?
3. In welcher Höhe wurde das "DÖW" einschließlich dessen gleichnamige Stiftung seit dem Jahre 1963 von Ihrem Ressort subventioniert?

4. Wurden diese öffentlichen Mittel jeweils projektgebunden vergeben oder handelte es sich hierbei um sog. "Arbeits-subventionen" ohne Bezugnahme auf ein laufendes Projekt? (Bitte eine genaue Aufstellung anschließen!)
5. Empfinden Sie es als Manko, daß die Republik Österreich hinsichtlich der archivarischen Sammlung und Aufarbeitung der geschichtlichen Ereignisse der Jahre 1938 bis 1945 über kein staatliches Archiv verfügt, so daß öffentliche Institutionen genauso wie private Interessenten auf die archivarische Tätigkeit eines Vereins angewiesen sind?
6. Was spricht Ihrer Meinung nach dafür oder dagegen, eine Abteilung des Österreichischen Staatsarchivs mit der Bezeichnung "Archiv der Okkupation 1938 bis 1945" zu schaffen?
7. Halten Sie es für eine Folge der jahrzehntelang vom offiziellen Österreich betriebenen Politik der Verdrängung der NS-Zeit, wenn sich das Österreichische Staatsarchiv auf keinen klar formulierten gesetzlichen Auftrag stützen kann, auch die Dokumente jener Zeit zu archivieren, in der die Republik Österreich als Rechtssubjekt zwar untergegangen, immerhin aber doch als Verwaltungssprengel des "Groß-deutschen Reiches" fungiert hat?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Ich bin über die grundsätzlichen Ziele und Aufgaben des "Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes" informiert. Einige Funktionäre des Vereins sind mir persönlich bekannt. Die Arbeit des Dokumentationsarchivs genießt meine außerordentliche Wertschätzung. Ich habe dies auch anlässlich der Jahresversammlung 1989 in meiner Rede zum Ausdruck gebracht.

Zu Frage 2:

Mir ist die Behauptung bekannt, daß sich namhafte Vertreter der österreichischen Widerstandsbewegung aus dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes zurückgezogen hätten. Diese Behauptung hat offenbar ihren Ausgang von Artikeln in rechtsradikalen Zeitschriften ("Halt", "Fakten") und hat nunmehr auch Eingang in diese parlamentarische Anfrage

- 3 -

gefunden. Wie mir versichert wird, hat sich niemand vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes zurückgezogen. Vielmehr sollen sich, wie mir mitgeteilt wird, aufgrund der Angriffe der Österreichischen Widerstandsbewegung auf das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes Mitglieder und Vorstandsmitglieder aus der österreichischen Widerstandsbewegung zurückgezogen bzw. von diesen Aktionen distanziert haben.

Zu den Fragen 3 und 4:

Wegen der äußerst komplizierten Rückverfolgung von einzelnen Gebarungsfällen bis vor das Jahr 1977 kann die Bekanntgabe der Subventionen des Bundeskanzleramts erst ab diesem Zeitpunkt erfolgen. Diese Subventionen betragen:

Jahr	Betrag	Förderungszweck
1980	S 250.000,--	25. Wiederkehr des Tages des Abschlusses des Staatsvertrags: 1. Veranstaltung am 12.3.1980 im Palais Auersperg 2. wissenschaftl. Dokumentation "Widerstand und Verfolgung" 3. Ausstellung "Vom Freiheits- kampf zum Staatsvertrag"
1982	S 60.000,--	Unterstützung der Publikationen "Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich" und "Widerstand und Verfolgung in Tirol" (jeweils S 30.000,--)

1988 S 300.000,--

Im Rahmen des Gedenkjahrs 1988:
"Wiedersehen mit Österreich"
15.-18.5.1988 in Wien
(eigentlicher Projektträger:
Verein der nach 1938 aus
Österreich Vertriebenen)

Zu den Fragen 5 und 6:

Es ist für mich nicht entscheidend, ob ein privates oder ein staatliches Archiv diese Tätigkeit ausübt. Entscheidend ist in erster Linie das Engagement und die Präzision, mit der die archivarische Arbeit geleistet wird. Darüber hinaus sind natürlich auch die Fragen der Benutzerfreundlichkeit und der Kosten von besonderer Bedeutung.

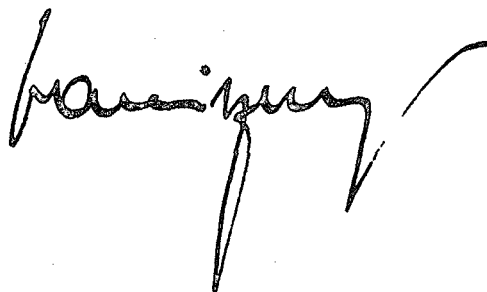
Bei der Beurteilung der Frage, ob es sinnvoll wäre, jetzt eine Abteilung des Österreichischen Staatsarchivs zu schaffen, die mit der archivarischen Sammlung und Aufarbeitung der geschichtlichen Ereignisse der Jahre 1938 bis 1945 beauftragt wird, sind der Umfang des zu erwartenden historischen Quellenmaterials sowie die voraussichtlichen Kosten zu berücksichtigen.

Grundsätzlich gehe ich davon aus, daß angesichts der gebotenen Sparsamkeit und Effizienz Doppelgleisigkeiten oder Duplizierungen zu vermeiden sind.

- 5 -

Zu Frage 7:

Das offizielle Österreich hat jedenfalls in den letzten Jahrzehnten keine Politik der Verdrängung der NS-Zeit betrieben. Im übrigen teile ich mit, daß im Bundeskanzleramt derzeit an einem Entwurf für ein Bundesarchivgesetz gearbeitet wird.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Kaininger', with a long horizontal stroke extending to the right.